

KARL-HEINZ GRÄFE

## Kominform – die Konferenzen 1947 und 1948

Vom 22. bis 28. September 1947 trafen sich im Schloß des polnischen Kurortes Szklarska Poreba (Schreiberhau) achtzehn hochrangige Führer der kommunistischer Parteien der Sowjetunion, Jugoslawiens, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Frankreichs und Italiens. Die Teilnahme von Parteichefs wie W. Gomulka oder G. Gheorghiu-Dej und von Funktionären der »zweiten Reihe« wie G. Malenkov, E. Kardelj, R. Slansky, M. Farkasz, W. Tscherwenkow, L. Longo und J. Duclos verdeutlichte den politischen Rang der zunächst streng geheim gehaltenen Zusammenkunft im Riesengebirge.<sup>1</sup> Aus der verspäteten Information in der Prawda vom 5. Oktober 1947 war lediglich zu entnehmen, daß Ende September 1947 in Polen auf einer Informationskonferenz ein Meinungsaustausch einiger kommunistischer Parteien stattgefunden habe und beschlossen worden sei, ein Informationsbüro zu schaffen, dessen Aufgaben »in der Organisation des Erfahrungsaustausches zwischen den Parteien und nötigenfalls in der Koordinierung ihrer Tätigkeit auf der Grundlage gegenseitigen Übereinkommens bestehen« würden.<sup>2</sup>

Als Sitz des Informationsbüros (Kominform) und seines Presseorgans »Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie« sei Belgrad bestimmt worden. Der Vertreter der KPdSU (B), A. Shdanow, gab in seinem Eröffnungsbeitrag auf der Gründungskonferenz die Richtung für die Tätigkeit des Kominform vor, die bis zu ihrer Auflösung im April 1956 bestimmend sein sollte: mit der These von den zwei Lagern die einander in einem sich ständig zuspitzenden Klassenkampf gegenüberstünden. Diese Lagertheorie, eine holzschnittartige Vereinfachung und zugleich einseitige Reflexion der Weltlage, wurde auch in der gemeinsamen Deklaration der neun kommunistischen Parteien mit allen damit verbundenen Konsequenzen als Grundlage ihrer gemeinsamen Strategie als langfristig verbindlich formuliert: »In der internationalen Lage sind infolge des zweiten Weltkrieges und in der Nachkriegsperiode wesentliche Veränderungen eingetreten. ... Es bildeten sich zwei gegensätzliche politische Linien heraus: auf dem einen Pol die Politik der Sowjetunion und der demokratischen Länder, die auf die Vernichtung des Imperialismus und die Stärkung der Demokratie abzielt, auf dem anderen Pol die Politik der USA und Englands, die auf Stärkung des Imperialismus und die Abwürgung der Demokratie abzielt. Da die Sowjetunion und die Länder der neuen Demokratie sich als Hindernis bei der Verwirklichung der imperialistischen Pläne für

Karl-Heinz Gräfe – Jg. 1938, Prof. Dr. habil., Dresden. Nach dem Studium der Slavistik und Pädagogik Lehrer und Hochschullehrer an der Pädagogischen Hochschule Dresden, ordentlicher Professor für Geschichte (bis 1993). Fachgebiet Geschichte der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder.

1 Enver Hodschas Partei war nicht eingeladen, da die KP Jugoslawiens damals auf ausdrücklichen Wunsch Stalins die albanischen Interessen wahrnahm. Die KP Griechenlands, die im Norden des Landes bereits eine volksdemokratische Ordnung geschaffen hatte, wurde auch nicht in das Kominformbüro aufgenommen. Die SED gehörte auch nicht zum Kominformbüro, obgleich sie in der Folgezeit hinter dessen Beschlüssen stand.

2 Abgedruckt in deutscher Sprache: Tägliche Rund-

schau vom 7. Oktober 1947.; vgl auch die wesentlichen Dokumente der Gründungskonferenz 1947: Informacionnoe sovescanie predstavitelej nekotorych Kompartii v Pol'se sentjabrja 1947 goda, 1948 (Moskva); in deutscher Sprache: Für Frieden und Volksdemokratie. Bericht über die Tätigkeit kommunistischer Parteien, gehalten auf der Konferenz in Polen Ende September 1947, Berlin, O. J. (1948), S. 4.

3 Ebenda, S. 5 f.

4 Heinz Timmermann: Das Kominform und seine Folgen in den sowjetischen Außenbeziehungen, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1984, Heft 8, S. 15.

5 Vgl. Mario Keßler: Heroische Illusion und Stalin-Terror. Die Komintern in historischer Perspektive, in: UTOPIE kreativ, Nr. 76, Februar 1997, S. 39-57.

den Kampf um die Weltherrschaft und der Zerschlagung der demokratischen Bewegung erwiesen, wurde ein Feldzug gegen die Sowjetunion und die Länder der neuen Demokratie proklamiert, der noch durch Drohungen mit einem neuen Kriege von den eifrigsten imperialistischen Politikern in den USA und England verstärkt wurde. ... Der Kampf der beiden grundsätzlichen Lager ... vollzieht sich unter den Verhältnissen der weiteren Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, des Schwächerwerdens der Kräfte des Kapitalismus und der Festigung der Kräfte des Sozialismus und der Demokratie. Daher entwickeln das imperialistische Lager ... eine besondere Aggressivität.«<sup>3</sup>

Zweifelsohne ist die Kominformgründung auch eine spezifische sowjetische Antwort auf die Truman-Doktrin und den Marshallplan und somit auch ein Kind des Kalten Krieges gewesen. Wenn Heinz Timmermann meint, das verstärkte Engagement der USA seit 1947 in Westeuropa habe Stalin bewogen, »auf eine Defensivstrategie« umzuschalten, und er dem Kominform »defensiven Charakter« zuschreibt<sup>4</sup>, mag das in einer Hinsicht zutreffen: Stalin ging es zunächst tatsächlich darum, die im Ergebnis des Krieges erhaltene und in Jalta festgeschriebene Einflusssphäre der UdSSR, vornehmlich ihr strategisches osteuropäisches Vorfeld, zu sichern; ähnlich wie die USA ihr westeuropäischen Vorposten vor einem demokratischen oder sowjetischen Sozialismus bewahren wollten. – Offenbar sind Wille und Wunsch, hegemonialen Einfluß auf Osteuropa auszuüben, auch nach dem Systemwechsel 1989/90 noch immer Verhaltensmuster im Sicherheitsdenken sowohl der postkommunistischen Eliten der eurasischen Großmacht Rußland als auch des westlichen Blocks geblieben.

Doch mit dem Kominform war die noch weitreichendere imperialweltrevolutionäre Strategie Stalins verbunden, auf die er – trotz seiner scheinbaren äußeren Wende zum »Aufbau des Sozialismus in einem Land« – unbeirrt setzte. Ähnlich wie die Komintern zumindestens seit Ende der zwanziger Jahre und vor allem seit 1939<sup>5</sup> war auch das Kominform seit seiner Gründung ein Instrument in den Händen der sowjetischen Führung, um deren Außenpolitik sowie Vorstellungen vom Revolutionsprozeß durchzusetzen, an deren Endpunkt die osteuropäischen Gesellschaften nach dem sowjetischen Muster ausgeformt und fest im sowjetischen Imperium integriert sein sollten. Das Kominform war als eine Art Transmissionsriemen für die Sowjetisierung gedacht, um die natürliche gesellschaftliche Bewegung im Nachkriegseuropa, die die Chance einer eigenständigen sozialistischen Entwicklung in sich barg, durch äußere Einflußnahme Moskaus zu »entnationalisieren« und in das Prokrustesbett des sowjetischen Sozialismusmodells zu pressen. Erst mit der Sowjetisierung sah die Moskauer Führung ihr strategisches osteuropäisches Vorfeld und ihren Hegemonialanspruch in dieser Region gesichert. In diesem Sinne signalisierte die Existenz des Kominformbüros zumindestens bis Stalins Tod und Chruschtschows neuer außenpolitischer Strategie den expansiven und offensiven Charakter des Stalinismus. Seit Beginn der neunziger Jahre sind die bis dahin streng gehüteten geheimen Dokumente weitgehend für die Öffentlichkeit freigegeben worden. Sie lassen

Charakter und tatsächliche Funktion des über siebenjährigen Wirkens des Kominform besser als bisher erkennen; auch eine Reihe bisheriger Fehldeutungen werden nun korrigiert.<sup>6</sup>

Die Absichten Stalins waren auf der Gründungskonferenz des Kominform für die meisten Beteiligten nicht in ihrer Tragweite erkennbar. Noch 1946 hatte er in Gesprächen mit bulgarischen Führern Befürchtungen über ein Wiedergeburt der Komintern in welcher Form auch immer zu zerstreuen versucht:

»Wir werden die Internationale alten Typs nicht wiederherstellen. Sie wurde nach dem Beispiel von Marx geschaffen, der davon ausging, daß es in allen Ländern gleichzeitig zur Revolution kommt.. Aber das stimmt heute mit unserer Ideologie nicht überein.«<sup>7</sup> Demagogisch erklärte er, man habe die Komintern liquideren müssen, da sie mit ihren Direktiven die Hände der Kommunistischen Parteien gebunden habe. Stalin hatten ganz andere Gründe bewogen, diesen »alten Typ« der Internationale aufzulösen; er war sich auch bewußt, daß eine Komintern-Wiedergründung nicht möglich ist. Ähnlich äußerte sich Stalin gegenüber der jugoslawischen Delegation im Mai 1946. Wie aus einer Aufzeichnung Titos hervorgeht, war zwischen ihm und Stalin die Funktionen des künftigen Informationsbüros im Mai 1946 abgesprochen worden: Es sollte um Erfahrungsaustausch und Koordinierung der Tätigkeit der Parteien Osteuropas gehen. Ausdrücklich wurde laut Gesprächsniederschrift beteuert, daß das Informationsbüro nicht mit repressiven Mitteln gegen einzelne Parteien vorgehen dürfe und streng die nationalen Besonderheiten der einzelnen Länder beachtet werden sollten.<sup>8</sup> Auch Ungarns Parteichef M. Rákosi drängte damals auf eine regionale Koordinierung der osteuropäischen Parteien und bot Budapest als Tagungsort für September 1946 an. Doch Suslow und Shdanow lehnten diese Initiative als politisch unzweckmäßig ab. Erst im Sommer 1947 entschieden Stalin und Shdanow, eine regionale Konferenz kommunistischer Parteien einzuberufen. Sie beauftragten Gomulka, die Zusammenkunft in einem streng abgeschirmten polnischen Ort vorzubereiten. In den Einladungsschreiben vom Juli 1947 teilte Gomulka ausdrücklich mit, daß es um einen Informations- und Erfahrungsaustausch gehe und nicht die Absicht bestehe, ein Organ der internationalen Arbeiterbewegung zu gründen. Doch inzwischen war von Stalin und Shdanow ohne Kenntnis Gomulkas entschieden worden, ein von der KPdSU(B) gesteuertes Informationsbüro kommunistischer Parteien im September 1947 auf der geplanten Informationskonferenz ins Leben zu rufen.<sup>9</sup>

Die osteuropäischen Führer hatten kaum Bedenken gegen ein solche ständige Einrichtung. Angesichts der komplizierten Aufgaben beim Übergang zu einer neuen Gesellschaftsordnung im eigenen Land und der einsetzenden Ost-West-Konfrontation bestand bei den kommunistischen Parteiführer Osteuropas ein starkes Bedürfnis, Erfahrungen im Umgestaltungsprozeß auszutauschen und ihre Innen- und Außenpolitik abzustimmen. Es schien so, daß Shdanows grundlegende Forderung von den nationalen Delegationen der neun kommunistischen Parteien im September 1947 durchaus als Alternative zur Komintern vorerst akzeptiert werden konnte:

»In den vier Jahren, die seit der Auflösung der Komintern ver-

6 Vgl. The Cominform. Minutes of Three Conferences 1947/1948/1949: Fondazione Giangiacomo Feltrinelli. Anali. Anno Trentesimo, Milano 1994; Gibanskij, L. Ja.: Kak vznik Kominform. Po novym archivnym materialam. In: Novaja i novejsaja istorija, 1993, Nr.4; ders.: Kominform v dejstvii. 1947-1948 gg. Po archivnym dokumentam, in: ebenda 1996, Nr. 1-2; Adibekov, G. M.: Kominform i poslevoennaja Evropa. 1947-1956, Moskva 1994; ders.: Popytka kominternizacii Kominforma v 1950. Po novym archivnym materialam, in: Nova i novejsaja istorija Nr. 4-5. Sekret'naja sovet'sko-jugoslav'skaja perepiska 1948 goda, in: Voprosy istorii, Nr. 4-7 und 10.

7 Zitiert nach Poslednij vizit J. Broza Tito k I. V. Stalinu. Sovetskaja i jugoslav'skaja zapisi besedy 17-28 maja 1946, in: Istoriceskij archiv, Moskva 1993, Heft 2, S. 28 und S. 34 f, Anm. 46.

8 Ebenda, S. 28, vor allem aber L. Ja. Gibanskij: Kak vznik kominform..., S. 135 ff.

9 Vgl. Ebenda, S. 137 f.

flossen sind, vollzog sich eine bedeutende Festigung der kommunistischen Parteien, eine Festigung ihres Einflusses in fast allen Ländern Europas und Asiens. ...Die gegenwärtige Lage der kommunistischen Parteien hat aber auch ihre Mängel. Einige Genossen haben die Sache so aufgefaßt, als ob die Auflösung der Komintern die Beseitigung jeder Verbindung, jedes Kontakts zwischen den kommunistischen Bruderparteien bedeute. Dabei zeigt die Erfahrung, daß eine derartige Isoliertheit der kommunistischen Parteien unrichtig, schädlich und im Grunde genommen, unnatürlich ist. Die kommunistische Bewegung entwickelt sich im nationalen Rahmen, hat aber gleichzeitig für die Parteien verschiedener Länder gemeinsame Aufgaben und Interessen. Es entsteht ein recht sonderbares Bild: Die Sozialisten, die aus der Haut fahren, um zu beweisen, daß die Komintern angeblich die Richtlinien Moskaus für die Kommunisten aller Länder herausgibt, haben ihre Internationale wiederhergestellt, während wir Kommunisten aus Furcht vor der Verleumdung der Feinde bezüglich der ›Hand Moskaus‹ darauf verzichteten, zusammenzukommen und sogar darauf, sich über Fragen von gemeinsamen Interesse zu beraten. Die Kommunisten von Ländern, die sogar miteinander verbündet sind, dagegen genieren sich, freundschaftliche Beziehungen untereinander aufzunehmen. ...Dieses Bedürfnis nach Beratung und freiwilliger Koordinierung der Tätigkeit einzelner Parteien reift ganz besonders jetzt heran, da die andauernde Isolierung zu einer Abnahme des gegenseitigen Verständnisses und zuweilen zu ernstern Fehlern führen kann.«<sup>10</sup>

10 Für Frieden und Volkdemokratie..., S. 28 f.

#### *Die Gründungskonferenz des Kominformbüros – Tribunal gegen Kommunisten Frankreichs und Italiens*

Als erste begriffen die Vertreter der französischen und italienischen Kommunisten, daß die Kominformgründung 1947 keineswegs einen Neubeginn demokratischer Beziehungen in der kommunistischen Bewegung einleitete. Mit Hilfe seines damaligen jugoslawischen Juniorpartners inszenierte Moskau auf dieser Gründungskonferenz seine Anklagen gegen die französische und italienische KP. Diese erste Beratung im September 1947 hinterließ bei den französischen Vertretern – wie aus dem Protokoll der Politbürositzung des ZK der KPF von Oktober 1947 zu entnehmen ist<sup>11</sup> – nicht nur einen unangenehmen Eindruck; es muß ihnen wie ein Rückfall in die finstersten Zeiten der Komintern vorgekommen sein:

»Duclos erklärt, daß Fajon und er zu Beginn der eigentlichen Diskussion nicht wußten, welcher Art ihre tatsächliche Aufgabe ist. Die Diskussion wurde nach dem Willen der sowjetischen Delegierten geführt. Shdanow zeigte sich machthebterisch und diktatorisch. In politischer Hinsicht brachte er folgende Beschuldigung gegen die französische und italienische Partei vor. Er sagte, daß das Vorhandensein von Kommunisten in der Regierung oder in der Opposition ein uninteressantes Problem sei, mit dem sich diese Parteien zu intensiv beschäftigten. Das einzige Ziel sei die Zerstörung der kapitalistischen Wirtschaftsform und die systematische Bündelung aller gesunden nationalen Kräfte. ... Dem Kreml würde es in Zukunft gleichgültig sein, ob Kommunisten in der Regierung sind oder nicht, aber die Parteien müssen den Kampf gegen die

11 Das Ergebnisprotokoll, das im sowjetischen Archiv entdeckt wurde, gelangte über jugoslawische Kommunisten (in serbischer Sprache) Anfang 1948 an Stalin. Vgl. dazu Galina P. Muraschko, Albina F. Noskowa, Tatjana W. Wolkitina (Moskau): Das Zentralkomitee der WKP(B) und das Ende der »nationalen Wege zum Sozialismus«, in: Jahrbuch für Kommunismusforschung, Berlin 1993, S. 9ff.

Hilfe der USA (gemeint ist die Annahme des Marshalplanes, d. Verf.) führen, welcher immer möglich ist. ... Er bestand auf der Notwendigkeit, jegliche Stabilisierung der Regierung zu verhindern. Bei der Auswahl der Mittel, die im nationalen Rahmen anzuwenden sind, ließ er uns freie Hand. ... Schdanow verwies darauf, daß zur Vermeidung von Fehlern der Vergangenheit in Belgrad ein Informationsbüro eingerichtet wird. ... Paris und Rom können ihre Vorschläge einbringen, müssen aber den »Beschlüssen«, die im Belgrader Büro gefaßt werden, Folge leisten. Duclos hebt die Bedeutung dieser Frage hervor, weil Moskau die Aktivität der französischen KP vollständig kontrollieren wird. ... Duclos und Fajon verbargen ihre Verbitterung nicht. Im Verlaufe der Diskussion fügten sie hinzu, daß jedesmal, wenn sie irgendwelche Veränderungen für die Konferenz vorschlugen, sie sich in der Minderheit befanden, so daß sie den Eindruck gewannen, sie würden vor irgendeinem Gericht stehen. Duclos sagte, daß er die Alternative hatte, sich zu unterwerfen oder sich loszusagen. Er sagte, daß die letztere Art der Lösung des Problems offenbar nicht möglich war. ...«<sup>12</sup>

*Worin lagen die tieferen Gründe und Absichten Stalins für das in Szklarska Poreba veranstaltete Tribunal gegen die FKP?*

Wie neuere Archivalien belegen, war Stalins Politik vorrangig geopolitisch bestimmt: Im künftigen Nachkriegseuropa sollten Frankreich und Italien entscheidende Gegengewichte zu den USA und Großbritannien werden; die Letzteren waren für ihn der Kern des »Kriegslagers«. Gerade deshalb sah er im politischen Einfluß der französischen und italienischen Kommunisten einen wichtigen Faktor in der europäischen Kräftebalance. Um so beunruhigender war es für die sowjetische Führung, als beide kommunistische Parteien im Mai 1947 aus der Regierung ausschieden. Bereits am 2. Juni 1947 forderte Shdanow von Parteichef M. Thorez Rechenschaft über den nicht mit Moskau abgestimmten Schritt<sup>13</sup>; der Inhalt dieses Schreibens wurde gewissermaßen als Warnung auch den osteuropäischen Parteiführern (außer Gomulka und Hodscha) zugeleitet<sup>14</sup>. Aus Bukarest und Budapest kamen zumindestens die Beteuerungen, daß bei ihnen so etwas wie in Paris nicht geschehen könne.<sup>15</sup> Der sowjetische Beauftragte für Prag hingegen gewann den Eindruck, daß die KPC-Führung unter K. Gottwald »ihre Haupttätigkeit auf die Erringung der parlamentarischen Mehrheit konzentriert, wobei sie keine entschlossenen Schritte unternimmt, um die wichtigsten Positionen der Reaktion im Staatsapparat, in der Armee, auf dem Lande, in den Mittelschichten usw. zu zerschlagen.«<sup>16</sup> Offensichtlich haben die Ereignisse in Paris und Rom und »vor allem die Wahrnehmung der Gefahren, daß es in einigen Ländern Osteuropas zu einer Art Kettenreaktion kommen könnte, Moskau veranlaßt, sich vor allem auf die Analyse der »Fehler« der kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens zu konzentrieren.«<sup>17</sup> M. M. Narinskij sieht in der nicht mit Moskau abgestimmten Aktion der FKP einen der Gründe für die Bildung des Kominform.<sup>18</sup> Auf der Gründungskonferenz des Kominform gerieten daher die französischen Vertreter wegen ihrer Eigenmächtigkeit gegenüber dem Kreml in die Kritik aller anwesenden Parteiführer. Die

12 Zitiert nach: ebenda, S. 20-21.

13 Vgl. dazu M. M. Narinskij: I. V. Stalin i M. Torez. 1944-1947. Noveje materialy. In: Novaja i novejesjaja istorija, 1996, Nr.1, S. 18 ff. Zum Wortlaut des Briefes Shdanows an Thorez: ebenda, S. 25.

14 Vgl. Galina P. Muraschko/Albina F. Noskowa, Tatjana W. Wolokitina (Moskau): Das Zentralkomitee der WKP(B) und das Ende der nationalen Wege zum Sozialismus. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 1996, S. 11ff.

15 Vgl. ebenda, S.13f.

16 Ebenda, S. 15.

17 Ebenda, S. 20.

18 Vgl. M. M. Narinskij, I. V. Stalin i..., S. 25

19 Vgl. Dazu ausführlicher L. Ja. Gibianskij: Kominform v dejstvii 1947-1948 gg. Po archivnym dokumentam, in: Novaja i novejsaja istorija 1/1996, S. 148f.

20 Zu dieser Beurteilung kommt Hans Lemberg bei der Charakterisierung der Sowjetisierung als einer von außen kommenden Einwirkung: »In Jugoslawien hingegen ist dieser Vorgang von innen gekommen, man kann hier höchstens von einer ›selbstgewollten Sowjetisierung‹, eher von einer sozialen Revolution der Bauernschaft sprechen, die aus dem Partisanenkrieg resultierte.« H. Lemberg: Sowjetisches Modell und nationale Prägung: Resümee einer Diskussion. In: Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, Bd. 7, a. O., S. 358.

21 G. Robel: Die Entscheidung von Schreiberhau/Szklarska Poreba, in: Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, Bd. 7: Sowjetisches Modell und nationale Prägungen. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, Marburg/Lahn 1991, S. 303; vgl. dazu auch W. Loth: Frankreichs Kommunisten und der Beginn des Kalten Krieges. In: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 26 (1978), S. 9ff.

22 Zitiert nach M.M. Narinskij, I. V. Stalin i..., S. 28.

bisherige Version, Gomulka und Slansky hätten sich an dieser Attacke nicht beteiligt, wird durch neue Archivfunde widerlegt.

Erst im Zusammenhang mit der Kritik an den Franzosen und Italienern ließ die sowjetische Delegation die Katze aus dem Sack: Um solche gravierenden »Fehler« zu vermeiden sei eben notwendig, ein ständiges Organ, das den den regelmäßigen Erfahrungsaustausch gewährleistet und die praktische Politik der Parteien abstimmt, zu schaffen. Offensichtlich geriet der polnische Gastgeber dadurch in Schwierigkeiten. Denn in den Einladungen Gomulkas war nur die Rede von einer Informationskonferenz. Es ist anzunehmen, daß Gomulka darin einen Rückfall zu Kominternmethoden sah. Unter dem Druck der anderen polnischen Parteiführer stimmte er aber letztlich der Gründung der Kominform am 27. September 1947 zu. Stalin, der über alle Ereignisse der Beratung von Malenkov und Shdanow informiert wurde, erkor Belgrad und nicht Warschau zum Sitz des Kominformbüros.<sup>19</sup>

Die radikal-revolutionäre Haltung der jugoslawischen Delegation, von Shdanow und Malenkov genutzt und inszeniert, entsprang den großen Erfolgen der KP Jugoslawiens bei der Machteroberung und der selbstgewollten Sowjetisierung.<sup>20</sup> Milovan Djilas und Edward Kardelj gehörten zu rabiatesten Anklägern im »Strafgericht« gegen Jaques Duclos und Luigo Longo. Als sowjetische Juniorpartner und getreue Schüler Stalins, in deren Land das Kominform künftig seinen Sitz haben sollte, wußten die jugoslawische Führung damals freilich kaum etwas von ihres Meisters geopolitischem Kalkül; sie trugen die Kritik aus dem Selbstbewußtsein ihrer – wie sie meinten – am weitesten vorangeschrittenen volksdemokratischen Revolution vor, von deren siegreichen Gang alle anderen nur lernen konnten. Das sollte ihnen bald bei dem Ränkeschmied Stalin zum Verhängnis werden.

Nach dieser ersten Kominformkonferenz im September 1947 führten Stalin und Thorez am 18. November 1947 einen ausführlichen Gedankenaustausch. Thorez anerkannte auch die Kritik der Kominformkonferenz, die schon auf der Politbürositzung des ZK der KPF vom 30. Oktober 1947 zur grundlegenden Kurswende geführt hatte. Die Folgen des von außen aufgenötigten Offensivprogramms waren die »Klassenkämpfe«, die Frankreich im November und Dezember 1947 erschütterten. Sie führten zwar zur »neuerlichen Identifikation der radikalen Arbeiterschaft mit der kommunistischen Partei, aber auch zur parlamentarischen Isolierung der Kommunisten.«<sup>21</sup>

Während der Beratung im Kreml lehnte aber Thorez zugleich die jugoslawische Kritik ab, die KPF habe die Chance der Machtergreifung 1945 vertan. Stalin erklärte, daß die Fortschritte in Jugoslawien auch mit der Befreiung durch die Sowjetunion zu erklären seien. Hätte Churchill die zweite Front um ein Jahr verschoben, dann wäre die Rote Armee nach Frankreich gekommen, »zumal es bei uns die Idee gab, nach Paris zu gelangen.«<sup>22</sup> An keiner Stelle des Gesprächs ließ Stalin durchblicken, daß die KPF die Chance der Machtergreifung bisher gehabt habe. Er demonstrierte Wohlverhalten gegenüber dem französischen Parteiführer.

*Stalins neuer Trotzki-Komplex 1948: Josip Broz Tito*

Zwei Beschlüsse des Politbüros des ZK der KPdSU sicherten, daß eine sowjetisch dominierte Redaktion für das Presseorgan »Für dauerhaften Frieden und Volksdemokratie« in Belgrad Ende Oktober 1947 ihre Arbeit aufnahm. Mehr war bis Anfang 1948 nicht vom Kominform zu spüren.<sup>23</sup> Das war wahrscheinlich der Grund, weshalb sich Ungarns Parteichef M. Rakosi während seines Moskaubesuches am 19. Februar 1948 an Suslow wandte, ob es nicht an der Zeit wäre die nächste ordentliche Beratung der neun kommunistischen Parteien einzuberufen; auch J. Tito und V. Siroky (KPC) hätten diesen Wunsch geäußert, aber keiner wolle die Initiative ergreifen. Rakosi verwies auf drei herangereifte Probleme, die auf der Tagesordnung stehen könnten<sup>24</sup>:

*Erstens* gehe es um die Anerkennung und Unterstützung der »neuen Volksdemokratie« im Norden Griechenlands mit dem Zentrum Saloniki, die das Politbüromitglied der griechischen KP, General Markos (Vafidiadis) als »Freie Demokratische Provisorische Regierung« im Dezember 1947 proklamiert hatte.<sup>25</sup>

*Zweitens* sei im Januar 1948 Dimitroffs Plan einer föderativen Vereinigung der Volksdemokratien nicht nur auf dem Balkan, sondern in ganz Osteuropa, publik geworden. Obwohl die ungarischen Kommunisten in dieser Frage noch zurückhaltend reagiert hätten, sollte die nächste Kominformberatung zu diesem Problem Klarheit schaffen.

*Drittens* sei aus Budapester Sicht dringlich, die Frage der ungarischen Minderheit in der Slowakei zu erörtern, auf die der Vertreter der KP Ungarns schon auf der Gründungskonferenz 1947 hingewiesen habe. Suslow gab zu verstehen, daß die Einberufung der nächsten Konferenz des Kominform durch den Meinungs austausch zwischen allen neun Parteien entschieden werden müsse. Er fand keines der Themen Rakosis diskussionswürdig.

Rakosi konnte nicht ahnen, das schon am 10. Februar 1948 hochrangige Parteidelegationen aus Bulgarien und Jugoslawien in den Kreml zitiert worden waren und – in noch schärferer Form als die beiden westeuropäischen Parteien im Herbst 1947 – von Stalin höchstpersönlich des gleichen Delikts beschuldigt worden waren<sup>26</sup>: Tito und Dimitroff hätten, ohne Moskau zu konsultieren, eine Reihe eigenmächtiger Aktionen innerhalb des sowjetischen Machtbereichs unternommen (Vorbereitung einer Föderation der volksdemokratischen Balkan- und Donauländer, Bündnisvertrag Jugoslawien – Bulgarien, Einmarsch jugoslawischer Truppen in Albanien, Unterstützung der griechischen Partisanen und der Markos-Regierung usw.). Nach den Erinnerungen von M. Djilas reagierte Stalin auf Dimitroffs Eingeständnis, fehlerhaft gehandelt zu haben, ungewöhnlich aggressiv:

»Es geht bei Ihnen nicht um Fehler, sondern um eine Haltung, die anders ist als die unsere. (Hervorhebung, d. Verf.), ... Sie haben sich vergaloppiert wie ein Komsomolze. Sie wollten die Welt in Staunen versetzen, als wären Sie noch immer Sekretär der Komintern. Ihr meldet uns, ebenso wie die Jugoslawen, nichts von dem, was ihr tut. Wir erfahren alles auf der Straße. Ihr stellt uns vor vollendete Tatsachen.«<sup>27</sup>

Die nun bald folgende Wendung in den sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen sind umfassend dokumentiert und beschrieben worden. Nach der jugoslawischen Version, die bis Ende der achtzi-

23 Vgl. dazu L. Ja. Gibanskij: Kominform v dejstvii 1947-1948 gg. , ..., S. 149ff.

24 Vgl. ebenda, S. 159f.

25 Der prosovetische griechische Generalsekretär Zacharidis hatte schon dafür gesorgt, daß der legendäre General Markos auf einem ZK-Plenum im Januar 1948 aus der Parteiführung ausgeschlossen wurde. Vgl. dazu Ulunjan, Ar. A. : Kommunisticeskaja Partija Grecii: Aktualninye voprosi ideologii, politiki i vnutrennej istorii. KPG v nacionalinom Soprotivlenii, Grazdanskoi i »chodnoj« vojnach 1941-1956, Moskva 1994, besonders S. 189-205.

26 Vgl. L. Ja. Gibanskij: K istorii sovetko-jugoslavskogo konflikta. Sekretijnaja sovetko-jugoslavo-bolgarskaja vstreca v Moskve 10 fevralja 1948 goda, in: Sovetskoje slavjanovedenie, 1991, Nr. 3, S. 14f.

27 Milovan Djilas: Jahre der Macht. Im jugoslawischen Kräftespiel. Memoiren 1945-1966, S. 187

28 Vgl. V. Dedijer: Josip Broz Tito. Prilozi za biografiju, Beograd 1953; D. Markovic/ S. Krzavac: Zavera Informbüro, Beograd 1987.

29 Vgl. L. Ja Gibanskij: Kominform v dejstvii..., S. 162ff; vgl. auch ders.: The 1948 Soviet-Yugoslav Conflict and the Formation of the Socialist Camp Model, in: The Soviet Union in Eastern Europe 1945-1989. Ed. By O. A. Westad, S. Holtsmark, I. Neumann. London - New York 1994, S. 26ff.

30 L. Ja. Gibanskij: Kominform v dejstvii. 1947-1948 gg. Po arhivnym dokumentam, in Novaja i novejsaja istorija, 1996, Nr. 2, S. 165f.

31 Vgl. Galina P. Muraschko, Albina F. Noskova, Tatjana W. Wolokitina (Moskau): Das Zentralkomitee der WKP (B)..., S. 22ff.

ger Jahre weite Verbreitung in den meisten Publikationen auch außerhalb Jugoslawiens fand, wird der Bruch zwischen Moskau und Belgrad als ein ständiger und langandauernder Konflikt bis in die Zeit des Zweiten Weltkrieges zurückdatiert; er sei erst 1948 offen ausgebrochen und öffentlich geworden.<sup>28</sup> Neuere Publikationen auf einer breiteren Quellengrundlage bestätigen das nicht. Ungeachtet einer Reihe tatsächlicher unterschiedlicher Positionen, die hier nicht näher erörtert werden können, gab es bis Anfang 1948 eine sehr enge Zusammenarbeit Moskaus mit seinem Belgrader Juniorpartner. L. J. Gibanskij belegt an zahlreichen sowjetischen Aufzeichnungen aus dem Jahre 1947, daß die Rolle der jugoslawischen Partei im Partisanenkampf, bei der Errichtung der Volksmacht und den sozialökonomischen Umgestaltungen von Stalin sehr hoch eingeschätzt wurden.<sup>29</sup> Nicht zuletzt deshalb wurde auch Belgrad (nicht etwa Warschau oder Prag, die auch zur Debatte standen) Sitz des von Moskau gelenkten Kominformbüros. Stalin hielt erst Anfang 1948 die Zeit für gekommen, mit den bisherigen nationalen Sozialismusmodellen und außenpolitischen Sonderwegen in seinem osteuropäischen Einflußgebiet Schluß zu machen. Offenbar signalisierten die jugoslawischen und bulgarischen Initiativen, die in den harten Auseinandersetzungen am 10. Februar 1948 zur Sprache kamen, daß vor allem von Tito und seiner Partei die größten Gefahren für kardinale Abweichungen ausgingen.

Stalin erfuhr durch einen seiner Zuträger in der jugoslawischen Führung (Sreten Zujovic), daß Titos Politbüro bereits am 1. März 1948 auf geschlossenen Widerstand gegen die sowjetischen Erpressungen eingeschworen wurde. Zudem trafen im Kreml neue besorgniserregende Informationen über eigenmächtige Aktionen ein, an denen Tito beteiligt war: Der österreichischen KP war von Kardelj und Djilas empfohlen worden, in der sowjetisch besetzten Zone Österreichs einen Separatstaat zu errichten; auch den Führern der IKP wurde Unterstützung im Falle einer Machtergreifung in Norditalien zugesichert<sup>30</sup>. Nun holte Stalin zum entscheidenden Schlag aus: Bereits am 18. März 1948 wurden die aus sowjetischer Sicht »fehlerhaften« Positionen Jugoslawiens in einem Bericht von der ZK-Abteilung Außenpolitik (»Über antimarxistische Ziele der Führer der KP Jugoslawiens in Fragen der Innen- und Außenpolitik«) für Suslow detailliert aufgelistet.<sup>31</sup> Dieses Dokument war eine Art Sündenregister und wurde die Grundlage für jenen späteren Bannfluch, den dann die 2. Konferenz des Kominform in Bukarest im Juni 1948 in Form einer kollektiven Resolution über die KP Jugoslawiens verhängte. Noch aber nahm Stalin offenbar an, daß die Titoführung nachgeben werde. Es folgte Repression auf Repression: Moskau zog die militärischen und zivilen Fachexperten am 18. und 19. März 1948 zurück. In einem Schreiben vom 27. März 1948 verunglimpften Molotow und Stalin enge Mitarbeiter Titos (Rankovic, Vukmanovic, Djilas und Kidric) als »zweifelhaftes Marxisten« und den stellvertretenden Außenminister (Velebit) sogar als britischen Spion. Schließlich wurde Tito empfohlen: »Man wird gut daran tun, sich zu erinnern, daß, als Trotzki den Plan faßte, der KPdSU den Krieg zu erklären, er damit begann, sie der Entartung und des Chauvinismus zu beschuldigen. ...Aber wer

entartete, das war Trotzki selber; und bekanntlich ging er nach seiner Entlarvung sogleich in das Lager der erklärten Feinde der KPdSU und der Sowjetunion über. Seine politische Laufbahn kann, so glauben wir, als Lehre dienen.«<sup>32</sup> Als Tito einlenkte und um bilaterale Klärung des Konflikts bat, teilte ihm Stalin u. a. mit:

»Die Angelegenheit der sowjetisch-jugoslawischen Differenzen gehört bekanntlich in die Kompetenz der Zentralkomitees der Neun kommunistischen Parteien, die ihr Informationsbüro besitzen. Es wäre unkorrekt, die anderen kommunistischen Parteien von dieser Untersuchung auszuschließen. Aus diesem Grunde schlagen wir vor, die Frage sollte auf der nächsten Sitzung des Informationsbüros untersucht werden.«<sup>33</sup>

Das hatten Stalin und Shdanow bereits eingeleitet: Der Brief an Tito vom 27. März 1948 war kurz darauf der ungarischen Führung übermittelt worden. Rakosi solidarisierte sich umgehend – wie auch bald darauf Gottwald, Dimitroff, Gomulka und Georghiu-Dej – mit der KPdSU. Tito weigerte sich an der inzwischen einberufenen zweiten Konferenz des Kominformbüros teilzunehmen und bestand darauf, den Konflikt bilateral zu klären. Die am 19. Juni 1948 beginnende 2. Konferenz des Kominformbüros in Bukarest befaßte sich vorrangig mit der jugoslawischen Frage, verdamnte in der berüchtigten Resolution »Über die Lage in der KP Jugoslawien« die Titoführung und forderte die »gesunden, dem Marxismus-Leninismus treuen Kräfte« auf, in ihrem Land eine »neue, internationalistische Führung« einzusetzen<sup>34</sup>. Doch das geschah nicht. Die KP Jugoslawiens ging auf ihrem V. Parteitag im Juli 1948 in die Offensive und wies die Beschuldigungen der Kominformparteien entschieden zurück. Tito teilte nicht Trotzki's Schicksal – er wurde weder entmachtet, noch mußte er emigrieren. Seinen Gegenspieler Stalin überlebte er um 27 Jahre.

In der jugoslawischen Haltung sah Stalin nicht nur eine Neuaufgabe des trotzkistischen Ketzertums, das auf ihn zudem noch bedrohlicher als das »Original« wirkte, konnte sich doch Tito auf einen unabhängigen Vielvölkerstaat mit wachsender internationaler Autorität stützen. Nicht zuletzt deshalb konzentrierte sich Stalin darauf, ein Ausbreiten der »titoistisch-trotzkistischen« Häretiker im noch verbleibenden osteuropäischen Herrschaftsbereich zu verhindern und potentielle Anhänger Titos präventiv zu liquidieren. Stalin konnte dabei auf seinen im Umgang mit Trotzki, Kamenew, Sinowjew oder Bucharin u.a. gewonnenen »Erfahrungsschatz« zurückgreifen. Es lag in der Logik des stalinistischen Systems, daß NKWD-Chef Berija schon im Mai 1948 beauftragt wurde, allerorts »Titoisten« ausfindig zu machen, sie in großangelegten Schauprozessen als Verschwörer zu entlarven und zu vernichten. Die vom »Großen Terror« geprägten Verhaltensmuster wirkten bei den Parteiführern, die das überlebt hatten, noch immer. So war voraus-eilender Gehorsam auch jetzt sicher. Der inzwischen zu Stalins neuem Günstling aufgestiegene ungarische Parteichef Rakosi inszenierte gemeinsam mit Berijas Schergen den ersten großen Schauprozess und präsentierte einen seiner treuesten Mitstreiter, den Innenminister Laszlo Rajk, als Opferlamm. Die Anklageschrift gegen Rajk und Genossen kennzeichnet die Kontinuität der blutigen

32 Schreiben des ZK der KPdSU an das ZK der KPJ vom 27. März 1948, in: J. W. Stalin, Werke, Dortmund, Bd. 15, S. 401.

33 Ebenda, Schreiben des ZK der KPdSU an das ZK der KPJ vom 4. Mai 1948, in: Ebenda, S. 420.

34 Vgl. Pravda vom 29. Juni 1948. Zum Protokoll der Bukarester Konferenz des Kominformbüros vgl. vor allem The Cominform. Minutes of Three Conferences 1947/1948/1949: Fondazione Giangiacomo Feltrinelli. Anali. Anno Trentesimo, Milano 1994, S. 506ff.

historischen Linie der Stalinschen Schauprozesse in den dreißiger und vierziger Jahren:

»Die Bedeutung dieses Prozesses ist international. ... Muß ja doch nicht allein über Angeklagte ein Urteil gefällt werden, die ihre Hand gegen die staatliche Ordnung unserer Volksrepublik, gegen die großen Errungenschaften unserer Demokratie erhoben haben, sondern gleichzeitig auch über solche, die in ihrer verschwörerischen Tätigkeit Mittel, an Drähten gezogene Marionetten der ausländischen imperialistischen Feinde des ungarischen werktätigen Volkes waren. Es sind nicht allein Rajk und Konsorten, die hier auf der Anklagebank sitzen, sondern auch ihre ausländischen Herren, ihre imperialistischen Anstifter in Belgrad und Washington. ... Es ist die reine Wahrheit, daß, indem der ungarische Volksgerichtshof über Laszlo Rajk und seine Verschwörerbande urteilt, er im politischen und moralischen Sinne auch über die Verräter Jugoslawiens, über die Verbrecherbande von Tito, Rankovic, Kar-delj, Djilas urteilt...«<sup>35</sup>

35 Laszlo Rajk und Komplizen vor dem Volksgericht (mit einem Vorwort von Kurt Hager), Berlin 1949, S. 313 und S. 327.

Die geheimen Analysen, die Stalin über seine »Bruderparteien« 1947/48 erhalten hatte, gab ausreichende Hinweise über Abweichungen und Abweichler. Und es wurden bald allorts in Osteuropa Titoisten in nationalen Gewändern ausfindig gemacht, entlarvt, entmachtet, eingekerkert oder zum Tode verurteilt: der Albaner Koci Xoxe, der Tscheche Rudolf Slansky, der Slowake Gustav Husak, der Pole Wladislaw Gomulka, der Bulgare Traitscho Kostov, der Rumäne Lucretiu Patrascanu, der Deutsche Paul Merker...<sup>36</sup>

36 Vgl. u. a. W. Maderthamer, Hans Schafranek, Berthold Unfried (Hrg.): »Ich habe den Tod verdient.« Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteuropa 1945-1956, Wien 1991.

Obwohl die SED nicht dem Kominform angehörte, zog Walter Ulbricht auf der 13. Tagung des Parteivorstandes im September 1948 aus dem Verdammungsurteil gegen die jugoslawische Partei und Staatsführung grundsätzliche Schlußfolgerungen für die weitere Strategie seiner Partei. Nachdem er über das gesamte Sündenregister der »entarteten Gruppe Tito« informierte hatte, schulmeisterete er über die polnische Arbeiterpartei, der es gelungen sei, »die rechtsopportunistische Gruppe zu isolieren und die Genossen zu überzeugen, daß ihr Standpunkt falsch ist.« Ulbrichts wichtigste Schlußfolgerung aus dem Kominformbeschuß vom 28. Juni 1948 war, nunmehr »einen entschiedenen Kampf gegen die nationalistischen Abweichungen« zu führen, größere Wachsamkeit im verschärften Klassenkampf zu üben und die Bolschewisierung der eigenen Partei entschiedener voranzutreiben.<sup>37</sup>

37 Walter Ulbricht: Die Bedeutung der Entschließung des Informationsbüros über die Lage in der KP Jugoslawiens und die Lehren für die SED, Berlin 1948. Referat auf der 13. Tagung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 15. September 1948, Berlin 1948.

Die »Kominternisierung« war mit der 2. Kominform-Konferenz 1948 erreicht worden: Das Kominformbüro erhielt ein Statut und ein Sekretariat, das die laufende Tätigkeit der kommunistischen Parteien vor allem Osteuropas von Moskau aus straff führen und kontrollieren konnte. So wurden solche, den Realsozialismus prägenden Ereignisse wie der sowjetisch-jugoslawische Konflikt, das Ende der nationalen Wege zum Sozialismus oder die terroristischen Schauprozesse seit 1948 zu einem untrennbaren Bestandteil der Geschichte des Kominformbüros (1947-1956). Es war folgerichtig, daß Tito schließlich die Auflösung dieser versuchten »Mini-Komintern« zu einer Voraussetzung für die Normalisierung der Beziehungen mit Moskau machte. Chruschtschow kam dieser Forderung nach dem XX. Parteitag am 17. April 1956 nach.